DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

DER PARITÄTISCHE Gesamtverband · Oranienburger Str. 13–14 · 10178 Berlin

An die Konferenz der Regierungschefinnen und
Regierungschef der Länder
c/o Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

Nur per E-Mail: mpk@stk.hessen.de

Berlin, 5. März 2024

Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer

Tel. 030 24636-302
Fax 030 24636-120

hgf@paritaet.org

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband -
Gesamtverband e. V.

Oranienburger Str. 13–14
10178 Berlin

Tel. 030 24636-0
Fax 030 24636-110

info@paritaet.org
www.paritaet.org

Facebook: fb.com/paritaet
Twitter/X: @paritaet
Instagram: paritaet
TikTok: @paritaet

Bank für
Sozialwirtschaft, Köln
IBAN:
DE28 3702 0500 0007 0395 00
BIC: BFSWDE33XXX

Registergericht
Frankfurt
Registernummer:
VR 5470

Finanzamt für
Körperschaften, Berlin
Steuernummer:
27 / 027 / 38902

Umsatzsteuer-ID:
DE153708800

FLÜCHTLINGSPOLITISCHE ANLIEGEN ZUR MINISTERPRÄSIDENTEN-KONFERENZ

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,

wir möchten Ihr Treffen am 6. März 2024 zum Anlass nehmen, Ihnen die Position des Paritätischen Gesamtverbands zur aktuellen Flüchtlingspolitik darzustellen und bitten Sie, diese bei Ihren Beratungen zu berücksichtigen.

Wir sind in großer Sorge, dass sich die aktuelle restriktive Flüchtlingspolitik negativ auf die Aufnahme Geflüchteter auswirken wird, sei es durch eine abnehmende Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung aufgrund falscher Erwartungen oder durch die Verschleppung notwendiger Prozesse zur Verbesserung von Aufnahmekapazitäten und -verfahren. Stattdessen möchten wir mit unserer praktischen Expertise für eine lösungsorientierte und soziale Flüchtlingspolitik werben und unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, eine solche Politik gemeinschaftlich zu gestalten.

Derzeit treten in vielen Städten und Gemeinden in Deutschland hunderttausende Menschen aktiv für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft ein. Für uns macht das deutlich: Demokratiefeinden und populistischen Gefahren muss nicht durch Abschreckung und Auslagerung begegnet werden - eine lösungsorientierte und tatkräftige Politik, die unserer Schutzverantwortung gerecht wird, ist möglich.

Angesichts jährlich steigender Zahlen geflüchteter Menschen weltweit müssen Europa und Deutschland sich nachhaltig darauf vorbereiten, dass Menschen auch weiterhin hier Schutz suchen werden. Deutschland ist als drittgrößte Wirtschaftskraft der Welt dazu nicht nur in der Lage, sondern wird davon auch profitieren.

Dies gilt auch mit Blick auf die demographischen Herausforderungen. Für uns ist klar: Deutschland braucht Einwanderung. Eine Asylpolitik, die ein Klima der Abschreckung und Stigmatisierung nicht nur gegenüber Schutzsuchenden, sondern im Effekt allen Eingewandertern befördert, führt auch dazu, dass Deutschland als Zielland für Arbeits- und Fachkräfte zunehmend unattraktiv wird. Nur eine Politik, die den bestehenden Herausforderungen lösungsorientiert und weitsichtig begegnet, wird unseren Wohlstand erhalten können.

Viele der gegenwärtig diskutierten flüchtlingspolitischen Maßnahmen bereiten dem Paritätischen daher große Sorgen. Mit der Prüfung einer Auslagerung von Asylverfahren droht auch die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl in Deutschland. Damit würde mit einer zentralen Lehre unserer Geschichte gebrochen: Dass die Gewährleistung von Schutz ein Rechtsanspruch sein muss, dem sich Staaten nicht einfach entziehen dürfen. Die Irrfahrt der St. Louis und die Konferenz von Évian müssen uns mahnende Beispiele sein. Darüber hinaus gehen mit Auslagerungsplänen große rechtliche und praktische Probleme einher: Es droht die Umgehung europäischen Rechts und es werden sich kaum Länder finden, die alle Geflüchteten aus Deutschland aufnehmen werden. Stattdessen werden wichtige politische und gesellschaftliche Ressourcen gebunden und ein fatales Signal an ärmere Aufnahmestaaten gesendet, die den Großteil der Geflüchteten weltweit aufnehmen.

Auch die derzeit diskutierten Pläne für die Einführung einer Bezahlkarte, insbesondere die geplante Gesetzesänderung hierzu lehnt der Paritätische ab. Bereits jetzt liegen die Leistungen des AsylbLG unter dem menschenwürdigen Existenzminimum. Restriktionen bei der Bargeldverfügung und fehlende Überweisungsmöglichkeiten werden Armut vergrößern und Teilhabe verhindern. Durch die geplanten Regelungen auf

Bundesebene soll der Kreis der Betroffenen zudem auch auf seit Jahren hier lebende Menschen ausgeweitet werden – Integrationsleistungen drohen somit zunichte gemacht zu werden. Der erhoffte Effekt sinkender Ankunftszahlen wird absehbar nicht eintreten, denn Menschen fliehen nicht wegen Sozialleistungen und die Behörden würden durch einfache Überweisungen auf Girokonten viel besser entlastet. Sollte eine Bezahlkarte trotz allem eingeführt werden, so muss diese diskriminierungs- und einschränkungsfrei ausgestaltet werden und darf maximal bis zur Verfügbarkeit eines eigenen Kontos eingesetzt werden.

Für eine gelingende Flüchtlingspolitik braucht es stattdessen eine gestaltende Perspektive, die umfassender auf die bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen blicken. Zu nennen sind hier unter anderem umfassende Investitionen in die soziale Infrastruktur wie beispielsweise den sozialen Wohnungsbau sowie Schul- und Kitaplätze – Investionen, von denen alle profitieren. Zudem bedarf es einer krisenfesten Aufnahme- und Integrationsstruktur, insbesondere der Vorhaltung von Aufnahmekapazitäten und einer auskömmlichen Finanzierung von Beratungs-, Betreuungs- und Integrationsangeboten für Geflüchtete. Auch bei der Aufnahme von Geflüchteten muss neu gedacht werden, beispielsweise durch die Abschaffung von Wohnverpflichtungen, Wohnsitzauflagen und -regelungen oder Verteilschlüsseln, die sich an den Bedürfnissen sowohl von Geflüchteten wie auch Kommunen orientieren.

Der Paritätische Gesamtverband ist bereit, seinen Beitrag zu dieser gemeinschaftlichen Aufgabe zu leisten. Seit Jahren tragen er und seine Mitgliedsorganisationen zu einer gelingenden Aufnahme von Schutzsuchenden sowie zu individuellen und gesellschaftlichen Integrationsprozessen bei. Wir wissen, was vor Ort gebraucht wird und wie die gegenwärtigen Herausforderungen gemeinsam, pragmatisch und an den Bedürfnissen aller Beteiligten orientiert bewältigt werden können.

DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

Wir stehen daher gerne für ein Gespräch sowie eine konstruktive Mitarbeit in der von der MPK beschlossenen Kommission zu Migration und Integration zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands